

Abrüstung jetzt!

Stellungnahme des AK VI zu Abrüstung und Rüstungskontrolle

„Das Jahrzehnt der Stagnation“: Die Ausgangslage in Deutschland

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zwei Grundpfeiler für eine friedensorientierte Außen- und Sicherheitspolitik. Demgegenüber liefern die Geschichte und insbesondere der Kalte Krieg genügend Anschauungsmaterial dafür, wie Aufrüstung und unkontrollierte Rüstungszusammenarbeit Nährboden für bewaffnete Konflikte war, ganze Gesellschaften destabilisierte und die regionale und globale Sicherheitslage verschlechterte. Auch heute noch sind viele Regionen dieser Welt mit den Folgen der verantwortungslosen Rüstungspolitik, sei es in Form von Landminen und Kleinwaffen oder der Verbreitung von Atomwaffen, konfrontiert.

Insbesondere in Deutschland existiert ein breiter gesellschaftlicher Konsens für mehr Abrüstung und ein Ausbau der Rüstungskontrolle. Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen setzt sich für diese Ziele ein.

Dieser gesellschaftliche Konsens findet allerdings weder in der Regierungspolitik noch im Handeln der meisten politischen Parteien einen Ausdruck. DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Bundestag, die sich kontinuierlich und konsequent für Abrüstung auch in Deutschland und eine effektivere Rüstungskontrolle eingesetzt hat. Bündnis90/DIE GRÜNEN unterstützen inzwischen nur noch selektiv abrüstungspolitische Initiativen und bevorzugt solche, die ein langwieriges international abgestimmtes Verfahren benötigen. Abrüstungsschritte, die die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr oder das Ansehen Deutschlands als angeblich verlässlicher Bündnispartner beeinträchtigen könnten – wie z.B. bei Rüstungsexporten –, werden abgelehnt. Die

Risiken der Aufrüstung und Rüstungsproliferation durch den Europäisierungsprozess werden von den Grünen entweder bestritten oder dem für sie wichtigeren Vorhaben der Stärkung der EU untergeordnet. Die SPD beschränkt sich auf diesem Politikfeld noch viel stärker lediglich auf den Bereich der Abrüstung und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen. Initiativen, wie das Streumunitionsverbot, werden nur dann unterstützt, wenn positive Signale aus den Regierungen der anderen europäischen Staaten kommen.

Weder unter rot-grün noch unter schwarz-rot wurden daher wirklich Fortschritte im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle erreicht. Mehr als 10 Jahre stagnierte der deutsche Beitrag, parallel nahmen die deutschen Rüstungsexporte zu. Mehr noch, die Passivität der Bundesregierung ermöglichte es den vor allem den USA, aber auch Großbritannien, Frankreich und Russland, das bestehende Rüstungskontrollsystem zu schwächen und eine neue Aufrüstungsdynamik in Gang zu setzen. Beispielhaft sind der unilaterale Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag, das russisch-amerikanische SORT-Abkommen und die Aufnahme der Aufrüstungsverpflichtung in die EU-Verfassung bzw. den Lissabonvertrag.

Seit einiger Zeit sind wir mit einer Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert. Abrüstung und Rüstungskontrolle haben nur noch dann eine Chance, wenn sie in die Konzeption der westlichen Interessenspolitik passen. Sowohl das Verbot von Anti-Personenminen als auch von Streumunition war nur möglich, weil die hochgerüsteten Streitkräfte bzw. die Rüstungsindustrie bereits neue Generationen von Rüstungsprodukten als Ersatz entwickelt hatten und für die Rüstungsindustrie damit auch neue Absatzmärkte geschaffen wurden. Bei Atomwaffen

wurde gänzlich auf Abrüstungsschritte verzichtet. Die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag scheiterte. Stattdessen setzten die westlichen Atomwaffenstaaten und ihre Verbündete auf aggressive Counter-Proliferation, d.h. die vorgebliche „Abrüstung“ anderer Gegner auch durch den Einsatz militärischer Instrumente, wie z.B. gegenüber dem Irak 2003.

Ungeachtet der Rhetorik der Bundesregierung und insbesondere von Außenminister Steinmeier, die in den Reden vor dem Bundestag und in den Jahresabrüstungsberichten verbreitet wird, wurde auch in dieser Legislaturperiode keine Abrüstungspolitik praktiziert. Die Bundesregierung war im Gegenteil mitverantwortlich für vier gravierende Rückschläge:

1. Der Austritt Russlands aus dem KSE-Regime wegen der fehlenden Bereitschaft der NATO-Staaten den angepassten KSE Vertrag zu ratifizieren und wegen der Duldung und sogar teilweisen Unterstützung der US-Raketenabwehrpläne in Polen und Tschechien.
2. Die Zustimmung der Nuclear Supplier Group – unter deutschem Vorsitz – zum Abkommen zwischen den USA und Indien über die Zusammenarbeit im Bereich der Atomtechnologie. Dies bedeutet eine indirekte Unterstützung des Atomwaffensektors eines Staates der Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschrieben hat.
3. Die Iran-Politik der sogenannten EU3+3 Gruppe (China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA) hat dazu geführt, dass der Dialog über das iranische Atomprogramm zum Stillstand gekommen ist. Statt dem Iran eine umfassende Kooperationsperspektive anzubieten, wurde an der Sanktionsschraube gedreht, die iranischen Sicherheitsinteressen ignoriert und das Recht auf zivile Nutzung der Atomenergie zur Disposition gestellt.
4. Die Aufrüstung der Bundeswehr und die daran gekoppelte Unterstützung der deutschen Rüstungsindustrie sowie die gewollte Europäisierung des Rüstungshandels haben die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung als Fürsprecher von Abrüstungsprozessen in anderen Regionen erschüttert. Inzwischen erreicht der Verteidigungshaushalt mit etwa 31 Mrd. Euro wieder das Niveau Anfang der 90er Jahre. Sowohl unter rot-grün als auch schwarz-rot blieb Deutschland zudem einer der größten Rüstungsexporteure der Welt. Seit 1999 wurden Rüstungsexporte im Wert von mehr als 56 Mrd. Euro

genehmigt. Deutsche Rüstungstechnologie und auch Waffen aus Bundeswehrbeständen wurde an Staaten geliefert, die Menschenrechte systematisch verletzen und an Kriegen und bewaffneten Konflikten beteiligt sind, abgesichert wurden die Rüstungsgeschäfte zum Teil sogar mit staatlichen Bürgschaften.

Chancen für einen Neuanfang?

Vordringlichste Aufgabe der nächsten Bundesregierung muss es sein, die Stagnation in diesem Politikbereich zu überwinden. Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Obama sind erste Risse im Eisernen Vorhang auszumachen, den sein Vorgänger George W. Bush um das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle seit 2001 aufgebaut hat. Nur einen Tag nach Obamas Amtsantritt hinterlegte die US-Regierung ihre Unterschrift zu drei Protokollen des „Waffenübereinkommens über den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen“. De facto gelten nun also auch für die US-Streitkräfte das Verbot des Einsatzes von Brand- und Blendwaffen sowie die Verpflichtung hinsichtlich des Umgangs mit explosiven Kampfmittelrückständen. Im März wurde ein weitreichendes Exportverbot für Streumunition vom US-Kongress beschlossen und eine Revision der US-Haltung zu Streumunition ist wahrscheinlich. Viel wichtiger ist jedoch, dass Obama nicht nur im Wahlkampf sondern auch nach seinem Amtsantritt für ernsthafte Schritte zur nuklearen Abrüstung plädierte. Die ersten Signale der neuen US-Administration hinsichtlich der Stationierung eines Teil des Raketenabwehrsystems in Europa an Russland und hinsichtlich direkter Kontakte mit dem Iran zeigen zumindest, dass Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen ein größeres Gewicht bekommen könnten. Hier muss die Bundesregierung anknüpfen und mit eigenen Vorschlägen und Initiativen aktiv werden.

Gerade in den nächsten Jahren steht eine Reihe von Entscheidungen an, die langfristig die Chance einer tatsächlichen atomaren und konventionellen Abrüstung und einer effektiven Rüstungskontrolle festschreiben werden. Im Dezember diesen Jahres läuft das START-I Abkommen über die Reduzierung der russischen und US-Atomsprengeköpfe aus, im nächsten Jahr findet die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag statt. Jeder weiterer Monat des Ruhens des KSE-Vertrags reduziert die Chancen auf eine Reaktivierung dieser zentralen Vereinbarung für Kontrolle, Vertrauen und Transparenz hinsichtlich der Streitkräfte in Europa. Ein

Inkrafttreten des EU-Verfassungsvertrags würde zudem neue Grundlagen und Zwänge für die Aufrüstung innerhalb der EU festschreiben. Neue EU-Richtlinien für den Binnenmarkt für Rüstungsgüter würden die Kontrolle und den staatlichen Einfluss auf Genehmigungen von Rüstungsexporten weiter reduzieren. Parallel dazu werden die rüstungstechnologischen Fortschritte und das veränderte Aufgabenprofil der Streitkräfte zur Entstehung neuer Risiken für die Menschen führen, die bislang nicht oder nur ungenügend (völker-)rechtlich erfasst sind, wie z.B. sogenannte „nicht-letale Waffen“ (Elektroschockgeräte, Blendlaser, Schallwaffen), Drohnen und Marschflugkörper oder der Einsatz von privaten Militärfirmen.

Natürlich kann ein Großteil dieser Herausforderungen nicht unilateral und von einem Staat allein bewältigt werden. Internationale Abstimmung ist von zentraler Bedeutung für den Erfolg. Nur so können die anderen Haupttriebkraft der Aufrüstung – die USA, Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite, Russland, Indien und China auf der anderen Seite – eingebunden werden. Allerdings darf dies nicht – wie in der Vergangenheit – in ad hoc Konstellationen erfolgen. Sowohl die Vereinten Nationen als auch die OSZE verfügen über das Mandat, das Know-how und die Glaubwürdigkeit solche Prozesse neutral und vertrauensbildend zu gestalten. Hier muss die Unterstützung durch die Bundesregierung ansetzen. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Bundesregierung durch die direkte Umsetzung von konkreten eigenen Abrüstungsmaßnahmen als glaubwürdiger Initiator und Fürsprecher für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle zu agieren.

Forderungen der Linken

DIE LINKE setzt sich für einen klaren Bruch mit der bisherigen zögerlichen Politik der Bundesregierung ein. Mutige Schritte nach vorn und neue abrüstungspolitische Initiativen sind auch ohne internationale Abstimmungen sofort möglich und dringend erforderlich. Unsere Kernforderungen lauten:

Keine Atomwaffen in Deutschland

Der Besitz und die Weiterverbreitung von Atomwaffen zählen gegenwärtig zu den größten globalen Herausforderungen in der Abrüstungspolitik. Die für das nächste Jahr anstehende Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag wird hierbei wegweisend sein. Die fehlende Bereitschaft der

Atomwaffenstaaten, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, verhinderte bislang dringend notwendige Fortschritte. Diese Einschätzung findet sich u.a. in dem Aufruf von George Schultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn wieder, die auch von Hans-Dietrich Genscher, Egon Bahr, Richard v. Weizsäcker und Helmut Schmidt aufgegriffen wurde. Verschiedene Initiativen, wie die Middle Powers Initiative und das internationale Bündnis für eine Konvention zur Abschaffung der Atomwaffen bemühen sich um eine internationale Ächtung dieser Waffen.

Die Bundesregierung muss mit ihrer passiv-abwartenden Haltung und ihrer bisherigen Praxis brechen und ein deutliches Zeichen für atomare Abrüstung setzen. Noch immer werden Atomwaffen der USA in Deutschland gelagert. Die in Büchel stationierten deutschen Tornados sind auch für den Abwurf dieser Atombomben vorgesehen und damit neben Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei aktiv in das System der nuklearen Teilhabe der NATO eingebunden und an den Entscheidungsprozessen beteiligt. All dies steht im Widerspruch zum Nichtverbreitungsvertrag und untergräbt jegliche Glaubwürdigkeit der NATO-Staaten in der Nichtverbreitungspolitik. Konkrete Schritte sind notwendig und möglich: Die Bundesregierung muss in der NATO einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, die Beendigung des Systems der nuklearen Teilhabe und den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa durchsetzen. Davon unabhängig ist sofort der Abzug der US-Atomwaffen und der Austritt aus der nuklearen Teilhabe umzusetzen.

Abrüstung der Bundeswehr

Obwohl der Verteidigungsetat heute bereits 31,1 Mrd. Euro beträgt (nach NATO-Kriterien sind es sogar 33,5 Mrd. Euro), soll er in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Die Bundeswehr plant nach wie vor die Beschaffung von milliarden schweren Rüstungsvorhaben, die vor allem bei militärischen Interventionen eingesetzt werden sollen: Das Transportflugzeug A400M (geschätzte Kosten etwa 8 Mrd. Euro) soll die Bundeswehr in Interventionsgebiete auf der ganzen Welt bringen, das Raketenabwehrsystem MEADS (geschätzte Kosten etwa 4 Mrd. Euro) soll die Soldaten im Einsatzgebiet vor feindlichen Raketen und Flugzeugen schützen, der Schützenpanzer Puma (geschätzte Kosten von 4 Mrd. Euro) soll die Kampfkraft bei diesen Einsätzen erhöhen und die Fregatte 125 (geschätzte Kosten

von 2 Mrd. Euro) soll eine längerfristige Intervention von See aus ermöglichen. Die Entscheidung für die Beschaffung des letzten Drittels der Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter (Gesamtkosten 22 Mrd. Euro) soll Ende 2009 oder spätestens Anfang 2010 gefällt werden. Mithin wird jenseits aller Abrüstungsrhetorik in der Praxis eine Politik verfolgt, mit der es nicht gelingen kann, andere Staaten zu Abrüstungsschritten zu bewegen. Hier ist eine komplette Neuorientierung der Politik nötig. Dazu gehört der sofortige Beschaffungsstopp dieser Vorhaben. Auch beim Bundeswehrpersonal lassen sich deutliche Einschnitte erzielen, z.B. in dem man sofort die 35.000 Dienstposten für die Wehrpflichtigen streicht.

Keine Rüstungsexporte

Entgegen den Ankündigungen der früheren rot-grünen Bundesregierung hat sich die Rüstungsexportpolitik in den letzten 10 Jahren nicht verändert. Zwar wurden die Politischen Grundsätze für den Export konventioneller Rüstungsgüter überarbeitet, in der Praxis blieben sie jedoch wirkungslos. Deutsche Rüstungsgüter werden nach wie vor in Spannungsgebiete exportiert, wie z.B. nach Pakistan, Südkorea oder in den Nahen Osten (Eurofighter nach Saudi Arabien, moderne U-Boote nach Israel, COBRA-Artillerieortungsradare für die Vereinigten Arabischen Emirate). Jeder Rüstungsexport bedeutet ein Mehr an Aufrüstung. Die Genehmigungspolitik der Bundesregierung orientiert sich vor allem an Produktionskapazitäten und Auslastungen der deutschen Rüstungsunternehmen, den bündnispolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Aus diesem Grund werden regelmäßig Staatsbürgschaften gewährt und Bundeswehrmaterial abgegeben. Die Europäisierung und Liberalisierung vieler Bereiche des Rüstungshandels verhindert zudem eine effektive Rüstungskontrolle. Häufig dient der Export deutscher Rüstungstechnologie und die Kooperation bei der Entwicklung von Rüstungsprojekten sogar dem Aufbau von Rüstungsproduktionskapazitäten in Drittstaaten. Diese Praxis kann und muss beendet werden. Einer der ersten Schritte ist, im Einklang mit den Politischen Grundsätzen, die Unterbindung der umfangreichen deutschen Rüstungsexporte in Spannungsgebiete. Ein Stopp von Exportbürgschaften und Abgabe von Bundeswehrmaterial ist sofort umzusetzen. Überschüssiges Gerät ist zu vernichten. Die deutsche Mitwirkung an der Auslagerung von rüstungspolitischen Zuständigkeiten (wie z.B. in der Europäischen Rüstungsagentur) und der

Schaffung eines Rüstungsbinnenmarktes muss beendet werden.

Für umfassende Rüstungskontrolle und nachhaltige Abrüstung

Für eine glaubwürdige und wirkungsvolle Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik ist es darüber hinaus erforderlich, drei weitere Bereiche fest im Blick zu behalten und in der Praxis umzusetzen:

1. Konsequente Umsetzung von Konzepten der Rüstungskonversion

Weder Rüstungskontrolle noch Abrüstung sind zum Nulltarif zu bekommen. Der Aufbau von Verifikationsmechanismen kostet Geld, die Schließung von militärischen Standorten und ausbleibende Aufträge für die Rüstungsindustrie haben soziale und ökonomische Konsequenzen für das Bundeswehrpersonal, die Beschäftigten und die Menschen in den Gemeinden. Diese Herausforderungen werden immer wieder von der Bundesregierung instrumentalisiert, um ihr „weiter so wie bisher“ zu begründen. Das Arbeitsplatz-Argument wird als Rechtfertigung für das Geschäft mit dem Tod missbraucht. Die Bundesregierung muss stattdessen die in den 80er und 90er Jahren entwickelten Konversionskonzepte aufgreifen und weiterentwickeln – im Einklang mit den Betriebsräten, den Gemeinden und den Personalvertretungen an den Bundeswehrstandorten. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt ist es notwendig, den Umbau sozialverträglich zu gestalten. Darüber hinaus bietet die Konversion eine Chance für die Förderung innovativer und zukunftsfähiger Technologien für den zivilen Markt und damit auch der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen. Die hierfür erforderlichen Strukturhilfen sind durch die umfangreichen Einsparungen im Verteidigungshaushalt abzudecken.

2. Stellenwert der Rüstungskontrollpolitik in den bilateralen Beziehungen stärken

Nach wie vor bekräftigt die Bundesregierung zwar den Stellenwert von Rüstungskontrollverträgen für eine friedlichere und sichere Welt. In der Praxis weigert sich die Bundesregierung dagegen konsequent, dies auch in den Beziehungen zu den sogenannten strategischen Partnern deutlich klar zu stellen. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit mit Indien. Indien hat nach wie

vor den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet und auch ansonsten keine Verpflichtung zur Abrüstung seiner Atomwaffen abgegeben. Vor diesem Hintergrund muss sowohl der rüstungstechnologischen Zusammenarbeit als auch der Kooperation auf dem Gebiet der Atomtechnologie eine klare Absage erteilt werden. Gleiches gilt im übrigen für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zu Pakistan, einem weiteren Atomwaffenstaat. Der Lieferung moderner U-Boote an Pakistan ist eine klare Absage zu erteilen. Ein anderes Beispiel ist die Konvention zum Verbot der Lagerung und des Einsatzes von Streumunition. Die USA haben diese Konvention nicht unterschrieben und lagern Streumunition auf ihren US-Stützpunkten in Deutschland. Die Bundesregierung kann und muss sich dafür einsetzen, dass diese Munition aus Deutschland abgezogen wird.

3. Präventive Rüstungskontrolle im Hinblick auf zukünftige Risiken

Eine wirkungsvolle und effektive Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik ist vor allem dann möglich, wenn auch erfolgreiche präventive Rüstungskontrollpolitik betrieben wird, d.h. auch eine aktive und transparente Risikobewertung neuer Technologien und Einsatzstrategien stattfindet. Auf diesem Gebiet hat die jetzige Bundesregierung versagt. Neue Rüstungstechnologien und Einsatzstrategien werden ausschließlich unter dem Aspekt des militärischen Nutzens beurteilt. Damit wird die Chance vertan, frühzeitig im Rahmen der UNO und OSZE völkerrechtlich verbind-

liche Kontrollvereinbarungen zum Schutz der Bevölkerungen zu vereinbaren. Neben Initiativen für ein Moratorium über die Verwendung von DU-Munition geht es u.a. auch um die Ratifizierung der UN-Konvention zum Verbot des Söldnerwesens. Die Bundesregierung muss durch eigene Forschungsarbeit und in Zusammenarbeit mit externen Experten die Grundlagen für internationale Vereinbarungen über sogenannte nicht-tödliche Waffen, Drohnen, Energiewaffen und militärische Nanotechnologie schaffen.

DIE LINKE als Partei der Abrüstung

Die derzeitigen abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Entwicklungen bekräftigen die Notwendigkeit, dass die DIE LINKE ihren bisherigen Kurs fortsetzt und sich weiter als Partei der Abrüstung und verlässlicher Partner der gesellschaftlichen Initiativen profiliert. Alle anderen Parteien haben in dieser Hinsicht eher eine Negativbilanz und eher der Proliferation von Waffen das Wort geredet. Die jetzigen Profilierungsbemühungen von Teilen der Bundesregierung und anderer Parteien stehen im klaren Widerspruch zur Substanz ihrer abrüstungspolitischen Arbeit und sind unglaublich unwürdig. Die nächsten Monate im Vorfeld der Bundestagswahlen werden wir u.a. durch gemeinsame Veranstaltungen mit Expertinnen, Experten und Initiativen zu den Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung und für eine Kampagne „Deutschland atomwaffenfrei“ dafür nutzen, zum einen diesen Widerspruch deutlich hervorzuheben, und zum anderen, die Grundlagen für eine Umsetzung linker Abrüstungspolitik und damit auch linker Friedenspolitik zu legen.

*Berlin, im März 2009
Paul Schäfer, Inge Höger*